

Projektskizze

„Cloud-Arbeitsplätze für die deutsche Verwaltung (CAVE)“

1. Ausgangslage

Die weltweite sicherheitspolitische Neuorientierung erfordert die Forcierung von Maßnahmen, um die digitale Souveränität zu erhöhen. In Deutschland ist eine breite Diskussion über alle Ebenen entstanden. Bemühungen, die digitale Souveränität zu erhöhen, müssen verbreitert und besser koordiniert werden.

Die deutsche Verwaltung ist zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auf leistungsfähige IT-Arbeitsplätze angewiesen. Dabei sind aufgrund der regelmäßig schutzwürdigen, zu verarbeitenden Daten besondere Anforderungen an die jeweiligen IT-Lösungen zu stellen. Für den Bund sind dies etwa die Vorgaben des BSI.

Diese Anforderungen werden aktuell über alle Verwaltungsinstanzen hinweg in der Regel durch den Einsatz von Microsoft-Produkten „on premise“, also in eigenen Infrastrukturen der Verwaltung, erfüllt. Microsoft hat angekündigt, diese on premise-Lösungen nur noch befristet zu unterstützen und beispielsweise seine Office-Produkte nur noch aus der public (Azure-) Cloud anzubieten. Eine flächendeckend verfügbare Alternative zu den Microsoft-Produkten ist Stand heute nicht vorhanden.

Nach den Vorgaben des BSI kommt die Nutzung des bestehenden Public-Cloud-Angebots der Microsoft für die Arbeitsplätze der Bundesverwaltung aufgrund des Schutzbedarfs der verarbeiteten Daten nicht in Betracht. Daher hat der Bund unter Federführung des BMF ein Prüfprojekt für eine „Souveräne Microsoft Cloud (MSSC)“, angeboten von der Delos GmbH (daher auch „Delos-Cloud“), aufgesetzt. In der MSSC sollen unter Wahrung der Anforderungen des Bundes an Informationssicherheit, Geheim- und Datenschutz Microsoft-Services (v.a. Microsoft Office Dienste) und damit ein sicherer cloudbasierter Arbeitsplatz angeboten werden.

Es ist beabsichtigt, weitere Prüfprojekte durchzuführen. Der Bund und die Länder untersuchen, ob es im Sinne der Erweiterung der digitalen Souveränität der Verwaltung auch mögliche Alternativen zur MSSC geben könnte. Dies könnten beispielsweise auch Lösungen der ZenDis GmbH (openDesk) sein.

Zu diesem Zweck soll unter Federführung des Bundes und unter Beteiligung der Länder ein Projekt zur Prüfung der Optionen für Cloud-Arbeitsplätze für die deutsche Verwaltung eingerichtet werden.

2. Inhalte des Projekts

Es soll ein gestaffelter Projektansatz gewählt werden:

- In einem ersten Schritt soll für die beteiligten Stakeholder ein Ist- und ein Zielbild erstellt werden. Beschrieben werden sollen ein Mindestset erforderlicher Module und Kernfunktionen des Cloud-Arbeitsplatzes unter Berücksichtigung grundsätzlich einzuhaltender Kernanforderungen (insbesondere hinsichtlich Datensicherheit und Datenschutz).
- Auf Basis des Zielbilds soll ein vollständiger Marktüberblick erstellt und aufbereitet werden. Der Marktüberblick soll hierbei sowohl proprietäre als auch Open-Source-Software einbeziehen und ebenfalls die Vorgehensweise ausgewählter EU-Länder betrachten.
- In einem zweiten Schritt soll auf Basis der Kernanforderungen die jeweilige Machbarkeit des möglichen Einsatzes der gefundenen Marktlösungen sehr kurzfristig vorgeprüft werden. Denkbar ist auch ein kombinierter Einsatz mehrerer Lösungen um Abhängigkeiten zu vermeiden und Wechselemöglichkeiten zu schaffen. Für die Vorprüfung heranzuziehen sind die jeweils geltenden Rahmenbedingungen, u.a. die im Prüfprojekt zur MSSC herausgearbeiteten Anforderungen des BSI (für den Bund) und auch die Ziele aus der Dachstrategie des IT-PLR. Darüber hinaus werden Aspekte wie der erforderliche Change-Aufwand, mögliche Kosten, die Bereitschaft der Länder zur Beteiligung oder auch die Kompatibilität mit den beim Bund und in den Ländern vorhandenen Produkte zu berücksichtigen sein. Hierzu wird ein Ergebnisbericht vorgelegt.
- In einem dritten Schritt können sich nach entsprechendem Beschluss ein oder mehrere Projekte zur Prüfung der als grundsätzlich machbar identifizierten Produkte anschließen, die in Anlehnung an das Vorgehen im Prüfprojekt zur MSSC organisiert und durchgeführt werden.

3. Struktur des Projekts

Das Projekt wird mit Vertreterinnen und Vertretern der zu beteiligenden Institutionen des Bundes und ausgewählter Länder besetzt. Die konkrete Projektstruktur wird zu gegebener Zeit festgelegt.

Es wird von einem Lenkungsausschuss auf St- (Bund) bzw. M-Ebene (Länder) geleitet, der auch die Projektergebnisse abnimmt.

Die Leitung des Lenkungsausschusses berichtet dem für Digitalthemen zuständigen Ministerium des Bundes sowie dem IT-Planungsrat.

4. Zeitliche Planung

Das Vorhaben wird durch den Bund und HE in der DMK im Mai 2025 den Ländern vorgestellt und per Beschluss zur Kenntnis genommen. Im Nachgang wird unter Einbeziehung der heutigen Diskussionsergebnisse und der Rückmeldungen aus den Ländern sowie nach erfolgter Regierungsbildung ein Umlaufbeschluss der DMK von HE eingebracht werden.

Anschließend erfolgt die Umsetzungsbegleitung durch den IT-Planungsrat (AG Cloud Technologie und Digitale Souveränität). Zusätzlich wird es nach Regierungsbildung in den dann zuständigen Gremien der IT des Bundes vorgestellt werden. Die zeitliche Feinplanung für das Projekt selbst wird nach einer Beschlussfassung aller zuständigen Gremien aufgestellt. Es wird aufgrund der Bedeutung sicherer und leistungsfähiger IT-Arbeitsplätze in der Verwaltung eine zeitlich sehr ambitionierte Umsetzung angestrebt.